

SPIELBALL DER POLITIK

Die Gender Studies sind Zielscheibe politischer Aggression geworden. In Ungarn wurde genderwissenschaftlichen Studiengängen sogar die Zulassung gestrichen. Die Angriffe kommen von unterschiedlichen Seiten und in unterschiedlichen Gewändern daher. Bedroht sind nicht nur die Genderwissenschaften selbst. Es geht auch um die Freiheit der Wissenschaft.

TEXT: ANNICK EIMER FOTOSERIE: YVONNE MOST „GO BETWEEN – DAZWISCHEN“

Dr. Shaban Darakchi, Ph.D., ist Soziologe an der bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Über die Kleinigkeit, die ihn im Sommer 2018 auf die Titelseiten der Zeitungen brachte, schüttelt er heute noch den Kopf. Das oberste Gericht in Bulgarien hatte gerade die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, für verfassungswidrig erklärt. Im Vorfeld hatte es heftige Debatten um die Konvention gegeben, nicht nur in Bulgarien. Die Gegner waren der Auffassung, dass die Konvention eigentlich ein anderes Ziel verfolge, sich nämlich gegen traditionelle Familienwerte richte und das Geschlecht auf ein soziales Konstrukt reduziere. Im Zentrum der Debatte stand immer der Begriff „Gender“: Gender stelle sich gegen die christlichen Werte, Gender sei vom Westen übergestülpt worden, Gender fördere Homo- und Transsexualität. Innerhalb kürzester Zeit sprach sich in Umfragen die Mehrheit der Bulgaren gegen die Konvention aus. Angeführt wurden die Gegenproteste von einem politischen Berater des bulgarischen Präsidenten. Und auf dessen Facebook-Seite tauchte mitten in der aufgeheizten Debatte plötzlich eine Projektskizze auf, die Darakchi gemeinsam mit Kollegen bei einem Förderprogramm der Unesco eingereicht hatte. Unter dem Titel „Forum for gender balanced model at school: the Bulgarian case“ bewarben sich die Wissenschaftler um Forschungsmittel, mit denen sie die Kompetenz und Motivation von Lehrern, ihren Schülern Grundsätze von Gleichstellung der Geschlechter beizubringen, erforschen wollten.

„Die Skizze war bis zu dem Zeitpunkt nicht öffentlich, jemand aus meinem Institut muss ihm das zugespielt haben“, sagt Darakchi. Der Facebook-Post des Präsidentenberaters trat jedenfalls einen medialen Shitstorm los, der Darakchi bis heute verfolgt. „Die Akademie lässt sich für 24 000 US-Dollar kaufen“ und „Lehrer werden in Gender-Ideologie ausgebildet“, hieß es in den Zeitungen. Darakchi wurde als „Gender-Ideologe“ bezeichnet. „Ich bin einfach nur Wissenschaftler und bin zwischen die Fronten einer politischen Auseinandersetzung geraten. Mir hat das Angst gemacht. Und es hat viel verändert. Heute traut sich keiner mehr, an staatlichen Einrichtungen zu Gender zu forschen – schließlich kann man uns immer vorwerfen, wir würden gegen die ‚bulgarischen Werte‘ handeln.“

Darakchi ist nicht der einzige Wissenschaftler, dessen Forschung zum Spielball der Politik gemacht wird. Die Angriffe auf die Geschlechterforschung haben in vielen Ländern zugenommen, sind meist hasserfüllt und arbeiten mit dem gleichen Vokabular. Es ist von „Gender-Wahn“ die Rede, einer „Pseudowissenschaft“, von „Gender-Unfug“ und die Forscherinnen werden abwertend „Genderfrauen“ genannt. Der meistgebrauchte Begriff ist aber „Gender-Ideologie“, der als Oberbegriff dient, unter dem die Gender-Gegner alle erdenklichen Vorbehalte subsumieren: Das biologische Geschlecht werde abgeschafft und Homo- und Transsexualität bis hin zur Pädophilie befördert. Auch vor Vergleichen mit den Ideologien des Nationalsozialismus schreckt man nicht zurück. Und die Attacks beschränken sich nicht auf einzelne

Länder: „Wir haben viel zu lange geglaubt, dass Anti-Genderismus sich auf einzelne Nationen beschränken würde. Das war ein großer Trugschluss, es ist ein globales Phänomen“, sagt David Paternotte, Soziologe an der Université Libre de Bruxelles und Co-Autor des Buches „Anti-Gender Campaigns“. Die Formen der Angriffe seien vielfältig, genauso wie die Akteure, so der Wissenschaftler.

AKKREDITIERUNG ENTZOGEN

Und tatsächlich zeigt sich ein heterogenes Bild, wenn man nur die jüngsten Attacken betrachtet: Die rechts-konservative ungarische Regierung unter Viktor Orbán entzog im Herbst 2018 allen Gender-Masterstudiengängen in Ungarn die Akkreditierung. In Brasilien versprach Präsident Jair Bolsonaro in seiner Rede zu seinem Amtsantritt im Januar, die „Gender-Ideologie“ in der Schule zu bekämpfen und „Kinder auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, nicht auf politische Militanz“. Eine Abgeordnete seiner Partei, die 28-jährige Ana Caroline Campagnolo, schritt gleich zur Tat und rief Schüler und Studierende dazu auf, Lehrende zu filmen und zu denunzieren, die „parteipolitische oder ideologische Ausdrücke verwenden“. Sie selber zeigte die Historikerin und Gender-Forscherin Marlene de Fáveri wegen „ideologischer Verfolgung und religiöser Diskriminierung“ an.

In Frankreich wurden, kurz nachdem konservative Parteien im Departement Ile-de-France bei den Regionalwahlen 2015 die Mehrheit im Conseil régional gewonnen hatten, die Finanzierungen aller Gender-Studies-Programme sowie des Institut Émilie-du-Châtelet in Paris gestoppt, das sich ebenfalls den Geschlechterstudien widmet. Das Institut gibt es zwar noch, es muss sich aber nun anders finanzieren.

An der schwedischen Universität Göteborg fanden Wissenschaftler im Dezember 2018 vor dem Eingang des Nationalen Sekretariats für Geschlechterforschung (National Secretariat for Gender Research) eine Bombenattrappe. Eva Wiberg, Vizekanzlerin der Universität, erklärte, einige Wissenschaftler seien aufgrund ihrer Forschungsinhalte besonders häufig Gewalt ausgesetzt: „Ohne in diesem besonderen Fall spekulieren zu wollen, wissen wir alle, dass diese Bedrohung für die Geschlechterforschung heute sehr offensichtlich geworden ist.“ Dabei geht es dem Institut ohnehin schon an den Kragen – sein Budget ist den Koalitionsverhandlungen zur neuen Regierungsbildung zum Opfer gefallen.

Auch in der Türkei machen sich die Gender-Forscher auf Gegenwind gefasst. Der türkische Hochschulrat (Yükseköğretim Kurulu, YÖK) kündigte an, eine seit 2015 gültige hochschulweite Vereinbarung zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, in der die Einrichtung von weiteren Zentren für Frauen- und Geschlechterforschung an Universitäten sowie die Integration von Seminaren zur Geschlechtergleichheit in das Hochschulcurriculum empfohlen wird, zurückzunehmen. Die Begründung: Der Ansatz zur Förderung von Gendergerechtigkeit „sei nicht vereinbar mit den traditionellen Werten der türkischen Gesellschaft“.

IMMER NEUE ANFRAGEN

In Deutschland versucht die Alternative für Deutschland (AfD), wissenschaftliche Vorträge an Hochschulen zu platzieren, in denen Anthropologen erläutern, wieso das biologische Geschlecht allein die Erklärungen für alle menschlichen Verhaltensweisen liefere. Ihre Fraktionen stellen mittels Anfragen im Bundestag und in den Länderparlamenten immer wieder die Finanzierung von Genderforschung infrage. Genau dies ist auch Prof. Dr. Sabine Hark kürzlich widerfahren. Die Soziologin leitet das Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin. Mitte März diesen Jahres stellte die AfD-Fraktion im Bundestag eine kleine Anfrage mit dem Titel „Förderungswürdigkeit des Projekts ‚genderDynamiken‘“. In dem Forschungsprojekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wurde, untersuchte Hark die Ursachen für den geringen Frauenanteil im Studiengang Physik. Die Autoren der Anfrage finden die Ergebnisse und die „forschungsbasierten Handlungsempfehlungen“ fragwürdig. Sie zitieren eine Studie, die zu dem Schluss kommt, dass es in Ländern mit geringerem Gleichstellungsniveau relativ mehr Frauen unter den MINT-Absolventen gibt als in Ländern mit einem hohen Gleichstellungsniveau, und leiten aus diesem Ergebnis unter anderem die Forderung ab, „die Förderung derartiger Gender-Projekte seitens der Bundesregierung umgehend einzustellen“. Hark nimmt diese Attacke gelassen, was ihr sicherlich auch angesichts der Antwort der Bundesregierung leicht fällt. Diese ist nüchtern formuliert, bis zu der Replik auf die zitierte Studie. Dort wird der Tonfall dann schärfer: „Der Bundesregierung sind zahlreiche Studien bekannt, die das Berufswahlverhalten von Frauen und Männern beleuchten. Auf Basis dieser Erkenntnisse ist insgesamt festzuhalten, dass die Berufswahl komplexen Entscheidungswegen folgt und gesellschaftliche Rahmenbedingungen eine maßgebliche Rolle spielen. Gleichstellungspolitisch erscheint es wichtig, dass Frauen und Männer darin bestärkt werden, sich bei der Berufswahl nicht von klischeehaften Geschlechtervorstellungen einschränken zu lassen, sondern ihren persönlichen Interessen und Fähigkeiten folgen.“

RINGEN UM DIE LETZTE BASTION

Auch wenn ihr diese Anfrage nicht geschadet hat, sieht Hark Gefahren hinter diesen Angriffen lauern: „Die AfD stellt ständig solche Anfragen“, sagt sie. „Die Idee dahinter ist, dass mit der stetigen Wiederholung am Ende doch etwas Negatives hängen bleibt.“ Die Wissenschaftlerin glaubt außerdem, dass sich hinter den Attacken noch eine weitere Absicht verbirgt: „Der Begriff Gender verunsichert, weil er mit dem Alltagsglauben bricht. Da ist es normal, dass es Auseinandersetzungen gibt. Aber die Rechte weiß sehr wohl, was die Forschung mit dem Begriff meint, und interpretiert ihn gezielt falsch. Deswegen kann ich mir vorstellen, dass die Gender Studies eher ein Einfallstor für ein größeres Vorhaben sind, nämlich die Wissenschaftsfreiheit infrage zu stellen.“ //